

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 88 848 ppbn d
Telefax: 21 05 64

Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB, SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender, würdigt Fritz Eler, der vor 25 Jahren zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion gewählt wurde: Wegbereiter in die Regierungsverantwortung.

Seite 1

Liesel Hartenstein MdB erläutert die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion nach besserem Schutz vor Fluglärm: Tiefflüge erzeugen Lärmschocks.

Seite 3

Ernst Walternathe MdB berichtet vom Parteitag der PvdA: Niederländische Sozialdemokraten im Aufwind.

Seite 5

44. Jahrgang / 43

2. März 1989

Wegbereiter in die Regierungsverantwortung

Zur Wahl Fritz Elers zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion vor 25 Jahren

Von Hans-Jochen Vogel MdB

SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender

Morgen vor 25 Jahren, am 3. März 1964, wurde Fritz Eler in der Nachfolge Erich Ollenhauers zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion gewählt. Mit seinem Namen ist bis zum heutigen Tage die Entwicklung der SPD zu einer modernen, lebendigen Volkspartei verbunden, die sich dem Neuen öffnet und für neue Herausforderungen stets neue Antworten zu finden vermochte.

Das parlamentarische Erscheinungsbild der deutschen Sozialdemokratie hat Fritz Eler - seit 1949 im Bundestag, seit 1957 stellvertretender Fraktionsvorsitzender - in den beiden ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik in besonderer Weise geprägt. Es war sein unverrückbares Ziel, die Partei aus der „Ohnmacht der Opposition“, wie er es einmal nannte, herauszuführen, sie mehrheits- und regierungsfähig werden zu lassen. Mit seiner Festigkeit und seinem Wissen, seiner Klarheit und seiner Entschlossenheit im Kampf für die Prinzipien einer sozialen und rechtsstaatlichen Demokratie

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendet Druck
mit maximalen
Recycling-Papier



hat er auf die inhaltliche Entwicklung der sozialdemokratischen Politik prägenden Einfluß genommen und der Partei gemeinsam mit anderen den Weg in die Regierungsverantwortung bereitet.

Das Godesberger Programm, an dessen Formulierung er entscheidend mitgearbeitet hat, verstand er als Wegmarke in diesem Prozeß. Es war nicht zuletzt deshalb sein Werk. Er wollte die Wirklichkeit aus der Verantwortung heraus, an Gerechtigkeit, an Freiheit und Solidarität orientiert, verändern. Voller innerer Leidenschaft, tiefwurzelnder Toleranz und Überzeugungskraft forderte er immer wieder zum Engagement gerade der jungen Menschen für einen humanen Fortschritt auf, für eine gemeinsam gestaltete Zukunft in Verantwortung auch gegenüber den kommenden Generationen und den Menschen gerade in ernen Gegenden dieser Welt: „Es muß doch gelingen, den Schwung und die Phantasie unserer heranwachsenden Generation zu beflügeln, alle Fähigkeiten zu entwickeln, alle guten Gaben der Menschen und dieses Erdballs zu nutzen, um eine menschliche Ordnung schaffen zu helfen, die frei ist von Not und Furcht, von Unterdrückung und Krieg. Das ist eine faszinierende Zukunftsvision - die Vision eines großen Abenteuers, für das es sich lohnt zu leben.“

Schon in der Opposition hat er dem Staatsverständnis und den politischen Vorstellungen der Sozialdemokraten Geltung verschafft: Er hat die Wehrverfassung der Bundesrepublik wesentlich mitgestaltet, die europäische Einigung unterstützt und das Jahr der SPD zum Atlantischen Bündnis ebenso mit auf den Weg gebracht wie die ersten Ansätze zu einer konstruktiven Deutschland- und Ostpolitik. In der Fähigkeit zur Selbstverteidigung sah der über alle Parteigrenzen geachtete Wehrexperte eine friedensbewahrende Kraft.

Es war seine politische Tragik, daß er in dem Augenblick starb, in dem die Sozialdemokraten nach 17 Jahren Opposition zum ersten Male Regierungsverantwortung übernommen hatten.

(-/2.3.1989/vo-he/jr)

* * *

Tiefflüge erzeugen Lärmschocks

SPD will besseren Schutz vor Fluglärm

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit

Rund zehn Millionen Menschen leiden heute unter Fluglärm in der Bundesrepublik. Lärm wird als die härteste, weil unmittelbar wahrnehmbare Umweltbelastung empfunden. Die Lärmmedizin hat längst nachgewiesen, daß tagtägliche Fluglärmexposition meßbar Hörschäden mit sich bringt, daß Konzentrationsschwäche, Bluthochdruck und Kreislaufstörungen als Folgeschäden auftreten und daß insbesondere nächtlicher Fluglärm die Gesundheit beeinträchtigt, da die Tiefschlafphasen auch ohne Aufweckeffekt deutlich abgeschwächt werden. Risikogruppen wie Kinder, Kranke und alte Menschen sind besonders hart betroffen.

Inzwischen liegen dem Unterausschuß des Deutschen Bundestages „Militärischer Fluglärm/Truppenübungsplätze“ 63 Petitionen lärmgeschädigter Bürger aus Tieffluggebieten vor. Einzelne Meßergebnisse zeigen erschreckende Zahlen: in 40 Prozent der Fälle treten Lärmspitzen zwischen 100 und 125 Dezibel auf - das ist achtmal so laut wie ein Preßlufthammer. Damit wird die physische Schmerzgrenze erreicht. Pro Tag wurden bis zu 152 Überflüge registriert. Die Tiefflugproblematik erfordert nicht nur wegen der Katastrophen der jüngsten Zeit, sondern auch wegen der unerträglichen Dauerbelastung der Betroffenen eine baldige Lösung. Der frühere Bundesverteidigungsminister Wörner hat 1982 die sieben Tiefstflugareale in der Bundesrepublik, die seit 1974 deaktiviert waren, wieder zum Betrieb freigegeben. Das heißt in diesen Gebieten darf bis zu 75 Meter tief geflogen werden. Nach neuesten Informationen gibt es überdies sogenannte Erprobungsflüge, wo Militärmaschinen, zum Beispiel im Schwarzwald und in Niederbayern, in 30 Meter Höhe über den Boden hinwegrasen dürfen. Lärmschocks und Angstzustände der Betroffenen sind die Folge.

Das vor gut 17 Jahren als eines der ersten bahnbrechenden Umweltgesetze der sozialliberalen Regierung beschlossene Fluglärmgesetz hat in der Umgebung von zivilen und militärischen Flughäfen positive Wirkung gezeigt und den Betroffenen spürbare Erleichterungen gebracht. Es erfaßt aber nicht jede Art von Fluglärm: militärischer Tieffluglärm ist bisher ebenso ausgeklammert wie der wegen seiner Knattergeräusche besonders nervenbelastende Hubschrauberlärm.

Inzwischen ist der Luftverkehr insgesamt beträchtlich angestiegen - beim Luftfrachtverkehr seit 1965 um das Sechsfache! -, ein weiterer Anstieg bis zur Verdoppelung wird für die 90er Jahre prognostiziert.

Deshalb fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag eine Novellierung des Fluglärmrechts mit folgenden drei Schwerpunkten:

1. Ausdehnung der Erstattung für Schallschutzmaßnahmen auf die Lärmschutzzone II entsprechend einem Antrag des Landes NRW, der im Bundesrat mit Mehrheit beschlossen wurde.
2. Einbeziehung von militärischen Tieffluggebieten, Hubschrauberlandeplätzen und Bombenabwurf- sowie Luft/Bodenschießplätzen in dem Geltungsbereich des Gesetzes.
3. Ersetzung des sogenannten äquivalenten Dauerschallpegels durch ein neues Bewertungsverfahren, bei dem die Spitzenpegel stärker berücksichtigt werden.

Im Gefolge des Fluglärmsgesetzes wurden an den zehn Verkehrsflughäfen und an 35 militärischen Flugplätzen der Bundesrepublik Lärmschutzbereiche ausgewiesen. Bis zum Jahre 1986 fielen an Erstattungskosten für Schallschutzmaßnahmen folgende Beträge an:

- | | |
|------------------------------|-------------------|
| – an militärischen Flughäfen | 428 Millionen DM, |
| – an zivilen Flughäfen | 333 Millionen DM. |

Der Höchstbetrag für die Erstattung beträgt seit 1978 130 DM pro Quadratmeter Wohnfläche. Nach dem geltenden Gesetz hat der Eigentümer eines Gebäudes in Zone I (Dauerschallpegel 75 dbA) Anspruch auf Erstattung; derjenige, der in Zone II (67 dbA) ein Gebäude errichten oder erweitern will, ist verpflichtet, baulichen Schallschutz vorzunehmen, hat jedoch keinen Erstattungsanspruch. Schon von hier aus ist Gleichbehandlung geboten. Dasselbe gilt für die vom Tieffluglärm Betroffenen.

Die SPD-Fraktion fordert in einem Antrag vom September 1988 (Drs. 11/2866) die Einstellung der militärischen Tiefflüge der Bundeswehr über dem Gebiet der Bundesrepublik und eine entsprechende Einwirkung auf die verbündeten Nato-Luftwaffen. Solange jedoch Tiefflüge weiter durchgeführt werden, müssen auch hier Schutzmaßnahmen greifen.

Je stärker die Zahl der Tiefflüge reduziert wird, desto geringer wird die tatsächliche Lärmbelastung und desto niedriger würden auch die Kosten für Schallschutzmaßnahmen.

Der Antrag der SPD fordert außerdem wichtige Korrekturen der bisherigen Regelungen, zum Beispiel der Berücksichtigung von Siedlungszusammenhängen und eine Zusammensetzung der Fluglärmmmission, die sicherstellt, daß die Vertreter der betroffenen Bevölkerung nicht von vornherein in die Minderheit geraten. Es ist zum Beispiel nicht einsehbar, daß die Häuser auf der einen Straßenseite noch Schallschutz erhalten, auf der anderen Seite jedoch nicht, nur weil die mathematisch errechnete Abgrenzung des Lärmschutzbereichs dazwischen verläuft.

Schließlich sollte im Interesse der Gesundheit und Lebensqualität ein grundsätzliches Nachtflugverbot festgeschrieben werden.

Unbeschadet der Forderung nach wirksamem Lärmschutz muß die Verringerung des Lärms an der Quelle, das heißt am Triebwerk, weiter verfolgt werden. Außerdem soll durch Differenzierung der Landegebühren der Einsatz leiserer Flugzeuge belohnt, der Einsatz von Krachmachern dagegen bestraft werden.

(-/2.3.1989/vo-he/jr)

* * *

Niederländische Sozialdemokraten im Aufwind

Ein Bericht vom Parteitag der PvdA

Von Ernst Waltemathe MdB

Die niederländischen Sozialdemokraten hielten ihren Parteitag am 24. und 25. Februar 1989 in Amsterdam ab. Neben den Neuwahlen des Parteivorstandes ging es um die Verabschiedung eines Programms für Europa.

Wahlen zum Parteivorstand:

Wahlen in unserer niederländischen Schwesterpartei sind teilweise weniger spannend als bei uns. Bei dem geschäftsführenden Vorstand wird dann überhaupt nicht gewählt, wenn nur ein Kandidat oder eine Kandidatin für die zu besetzende Funktion vorhanden ist. So wurde Marjanne Sint erneut zur Vorsitzenden bestimmt. Sie hatte vor zwei Jahren den Vorsitz übernommen. Auch die beiden Vizevorsitzenden, J. Pronk als erster Stellvertreter und Frau A. Goedmakers als zweite Stellvertreterin, wurden ebenso ohne Wahlverfahren in ihre Funktionen berufen wie der Internationale Sekretär Jan Marinus Wiersma. Ferner gibt es ein Vorstandsmitglied, das für weibliche Mitglieder zuständig ist (es ist J. van Dijk). Lediglich der Exekutiv-Sekretär wurde durch Wahl bestimmt. Der bisherige Geschäftsführer Wim van Velzen kandidierte nach zehn Jahren nicht wieder, sondern wird ins Europa-Parlament einziehen.

Parteiinterner Wahlkampf

Für diese Funktion kandidieren schließlich vier Männer, von denen einer ausdrücklich von den „roten Frauen“ (niederländische ASF) favorisiert wurde. Es ist interessant, daß die Delegierten schon vor dem Parteitag und während des Parteitages mit schriftlichen Anpreisungen über die jeweiligen Kandidaten eingestimmt wurden und daß auf dem Parteitag selbst sich nicht etwa die Kandidaten vorstellten, sondern von je drei Delegierten für jeden Kandidaten die Vorstellung vorgenommen wurde.

Noch interessanter ist für die parteiinterne Kultur, daß die Rednerinnen und Redner kein schlechtes Wort über die Mitbewerber verloren, sondern ausschließlich die Vorzüge ihres Favoriten hervorhoben. Eine brachte es so auf den Punkt: „Alle Kandidaten sind gut, mein Kandidat hat einen Nachteil, er ist besser!“

Interessant ist auch, daß ein Vertreter des Personals der Parteizentrale (90 Beschäftigte) ausdrücklich für einen der Kandidaten Stellung bezog.

Ergebnis in Windeseile

Bei dem Wahlgang zum Generalsekretär wurde das Ergebnis ebenso schnell ermittelt wie bei den nachfolgenden Besitzerwahlen. Jede(r) Delegierte hat eine bestimmte Stimmenanzahl nach der Zahl der von ihm oder ihr vertretenen Mitglieder, in der Regel eine Stimme auf zehn vertretene Mitglieder. Ist jemand also von 240 Mitgliedern delegiert worden, ist die Stimmabgabe 24 Stimmen wert. So ist zu erklären, daß bei den Parteivorstandswahlen 9.873 Stimmen maßgebend waren. Die Stimmenanzahl jedes(r) Delegierten war in computergerechten Stimmausweisen gespeichert, Wahlen und Sachabstimmungen dauerten dadurch nur wenige Minuten.

Bei der Wahl zum Parteisekretär erhielten Alard Beck 40,5 Prozent, Berend-Jan van den Boomen 26,9 Prozent und Peter Rombouts 32,1 Prozent der Stimmen während der Kandidat Paes nur 50 Stimmen = 0,5 Prozent erhielt. Die notwendige Stichwahl zwischen Alard Beck und Peter Rombouts fünf Minuten später ergab 52,8 Prozent für Beck und 47,2 Prozent für Rombouts, der sowohl von den Frauen als auch vom Personal favorisiert wurde.

Bei den Besitzerwahlen waren 17 weitere Vorstandsmitglieder zu wählen. Dabei war zu berücksichtigen, daß mindestens drei Frauen und höchstens vier Mitglieder des Parlaments gewählt werden mußten beziehungsweise durften. Es gab 34 Kandidaturen. Der an 15. Stelle Gewählte zieht nicht in den Parteivorstand ein, da er Parlamentsmitglied ist und vor ihm schon andere Parlamentsmitglieder gewählt wurden. Von den insgesamt 22 gewählten Parteivorstandsmitgliedern sind 13

Männer und neun Frauen. (Die satzungsmäßige Frauenquote von 25 Prozent wurde also klar überschritten, selbst wenn weitere drei Vorstandsmitglieder ohne Wahl qua Funktion hinzukommen und Männer sind.)

Europa

Ein Programm für Europa, vorgeschlagen vom Parteivorstand und mit Änderungsvorschlägen angereichert, stand im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Der ehemalige EG-Kommissar Sizzo Mansholt hatte die Delegierten eingestimmt. Er hatte davor gewarnt, daß die Sozialdemokraten, die Internationalisten von damals, heute die Nationalisten werden könnten, dabei müsse es doch ein wachsendes Bewußtsein geben, daß die europäische Zukunft nur gemeinsam bewältigt werden könne. Er bedauerte, daß es kein verbindliches Programm für Sozialisten in Europa gäbe. Wenn aber europäische Gesetzgebung immer dominierender werde und eine parlamentarische Aufgabe werden müsse, müsse es auch zu einer Europäisierung von Parteien und Gewerkschaften kommen. Wenn Margret Thatcher geäußert habe, man habe den Sozialismus aus England nicht vertrieben, damit er durch die Hintertür über das Europaparlament wieder eingeführt wird, so müsse darauf geantwortet werden: „Nein Lady, nicht durch die Hintertür, sondern durch die Vordertür!“

Es war für unsere Begriffe ein sehr ruhiger und friedlicher Parteitag. Hier und da gab es kontroverse Abstimmungen über Nuancen. Die niederländischen Sozialdemokraten setzen sich ein für eine Stärkung der Kommission der Eg und des Europaparlaments und stärkere demokratische Kontrollen, insbesondere bei Mitbestimmung, Arbeitsbedingungen und Umweltschutz sowie für eine neue Phase von Entspannungspolitik.

Sie wollen eine Direktwahl des Vorsitzenden der Europäischen Kommission durch das Europaparlament, eine europäische sozialistische Parteibildung und ein Basisprogramm für die neue sozialistische Fraktion im Europa-Parlament. Sie setzen sich ein für ein ökonomisch starkes und sozial gerechtes Europa. Sie sind für Wirtschaftswachstum, das ökologisch verträglich ist und sprechen sich aus für eine eigene westeuropäische Rolle bei der Sicherheitspolitik, „vorläufig“ innerhalb der Nato.

Es gibt einen klaren Beschluß gegen die „Modernisierung“ noch vorhandener Kernwaffensysteme.

Ausdrücklich ist im Zusammenhang mit einem Europa für die Bürger gefordert:

- aktives Anti-Rassismus-,
- Anti-Diskriminierungs-,
- Anti-Fremdenhaß-Programm.

Bürger aus Nicht-EG-Ländern, die mehr als fünf Jahre in einem Mitgliedstaat ansässig sind, sollen das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europaparlament in dem Mitgliedstaat erhalten, wo sie wohnen.

Weitere konkrete Forderungen sind beim Umweltschutz erhoben worden für den Naturschutz, für ein Energieprogramm sowie für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die Entwicklungszusammenarbeit.

An Einzelanträgen sei noch erwähnt, daß der Parteitag eine Petition an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gegen das Berufsverbot im Falle des Postbediensteten Bastian nachdrücklich unterstützt. Niederländer reagieren empfindlich gegen die in ihren Augen typisch deutsche Behandlung von Kommunisten, deren „Schuld“ darin bestehen soll, daß sie Kommunisten sind und als solche sich demokratischen Wahlen stellen.

Fazit

Die PvdA geht nicht nur gut gerüstet in den Europawahlkampf, sondern fühlt sich auch im Aufwind für Gemeindewahlen im März 1990 und die nationale Parlamentswahl im Mai 1990.

Der „Vorsitzendenstreit“, den es vor Jahren zwischen Joop den Uyl und Max van den Berg gegeben hatte, ist inzwischen einer hervorragenden Zusammenarbeit zwischen der Vorsitzenden der Partei, Marjanne Sint, und dem Fraktionsvorsitzenden Wim Kok gewichen. Bei beiden handelt es sich um dynamische Personen, die politisches Gespür mit modernem Management verbinden.

(-/2.3.1989/vo-he/jr)

* * *